

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Ich will nur noch auf eines hinweisen, Frau Kollegen Hieronymi - das alles birgt ja eine wunderbare Widersprüchlichkeit in sich -: Auf der einen Seite kritisieren Sie, daß wir dort öffentliche Gelder investieren; auf der anderen Seite sagen Sie in demselben Atemzug, wir sollten auch noch öffentliche Gelder in die Hand nehmen und sie in den Lokalfunk stecken.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Ich bitte Sie! Das ist nun wirklich eine private Veranstaltung. Wenn Unternehmen zu dem Ergebnis kommen, dort schreibe man rote Zahlen und das sei nicht wirtschaftlich zu führen, dann müssen sie es aufgeben. So einfach ist das! Wir könnten eine Diskussion darüber führen. Das ist von den Unternehmen, mit denen wir zu tun haben, so gewollt. Das gesamte Konstrukt ist gemeinsam mit den Unternehmen erarbeitet worden. Diese Unternehmen müssen alles tun, um den Lokalfunk zum Erfolg zu führen.

Was ich nicht leichtnehme, ist das, was Frau Kollegin Keller zu den Mitteln für die Eine-Welt-Politik gesagt hat. Ja, wir haben - das ist ein gewisses Ungleichgewicht im Vergleich zu der bisherigen Situation - jetzt mehr Mittel für die Inlandsarbeit als für die Auslandsarbeit eingesetzt. Ich glaube, das ist gerechtfertigt. Natürlich ist niemand begeistert, wenn Mittel gekürzt werden müssen, die für wichtige Projekte eingesetzt werden können. Aber es geht kein Weg daran vorbei: Die Inlandsarbeit ist - da sie mobilisierend und motivierend auf diejenigen wirkt, die sich im Ausland engagieren; ich will dabei keine großartige Abwägung vornehmen - die Grundlage dafür, daß im Ausland überhaupt etwas geschieht, jedenfalls auf dem Sektor, auf dem ein Land im Ausland überhaupt tätig sein kann. Wir stützen uns ja auf Projekte, auf Initiativen, die aus dem Land kommen.

Deshalb ist es aus unserer Sicht gerechtfertigt, die Inlandsarbeit im Dritte-Welt-Bereich, im Eine-Welt-Bereich stärker zu fördern, etwas unausgewogen im Verhältnis zu den Mitteln, die wir für die auswärtige Arbeit einsetzen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Was die Europapolitik angeht: Herr Kollege Dammeyer und ich werden sie gemeinsam betreiben. Jawohl, ich wollte mit dem Ressortzuschnitt den Rang der Europapolitik deutlich machen. Die Eu-

ropapolitik wird in den vor uns liegenden Jahren einen hohen Rang haben. Ich brauche das anhand des Euro, der Erweiterung der Europäischen Union und ähnlicher Fragen nicht näher zu beschreiben. Dies wird ja in den nächsten Monaten, in denen die Bundesrepublik Deutschland die Ratspräsidentschaft innehat, deutlich werden.

Schönen Dank! Wir werden morgen weiter debattieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind ausgeschöpft. Weitere Wortmeldungen gibt es ohnehin nicht. Ich **schließe** hiermit die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 02** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3502**. Wer dieser **Beschlußempfehlung** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 02 mit den Stimmen der Regierungsfractionen **angenommen** worden.

Ich komme zum

Einzelplan 01: Landtag

Hierzu gibt es die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3501**.

Eine Debatte hierzu ist nicht vorgesehen.

Ich lasse direkt über den **Einzelplan 01** abstimmen. Wer der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3501** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

Stellenpläne

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Bensmann für die Fraktion der CDU das Wort.

(C)

(D)

(A) **Peter Bensmann (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Blick auf die Uhr - es ist 20.06 Uhr - möchte ich mir folgenden Hinweis erlauben: Es geht nur darum, wofür jede zweite Steuermark des Landes ausgegeben wird. Dazu nur zwei Zahlen: Wir haben 343 406 Landesbedienstete. Dafür geben wir im nächsten Haushaltsjahr - das ist die Grundlage ohne die beiden Ergänzungen - 36,46 Milliarden DM aus, übrigens 664 Millionen DM mehr als im Vorjahr. Damit wenden wir jede zweite Steuermark für Personalkosten auf. Daß dies im Mittelpunkt der Politik steht, ist völlig klar.

Ich möchte dies an zwei Beispielen deutlich machen. Herr Ministerpräsident, es ist schön, daß Sie noch da sind, weil Sie sich dieser Thematik ja besonders angenommen haben. Ich möchte zwei Beispiele herausgreifen: den Stellenabbau und die Ausbildung von Jugendlichen. Wir haben im Finanzausschuß und auch in der öffentlichen Diskussion in allen Medien bestätigt bekommen, welchen Widerspruch es zwischen den verbalen Äußerungen, hier insbesondere des Ministerpräsidenten, und dem tatsächlichen Handeln der Landesregierung und der sie tragenden SPD-Fraktion gibt, Herr Kollege Trinius.

(B) (Zuruf des Reinhold Trinius [SPD])

- Ich komme dazu, haben Sie ein bißchen Geduld. Es dauert gar nicht lange, keine zehn Minuten.

(Zuruf von der SPD: Viel zu lange! - Zuruf des Reinhold Trinius [SPD])

- Ich verspreche Ihnen, es dauert keine zehn Minuten. Haben Sie ein bißchen Geduld!

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung festgestellt, daß er bis zum Ende der Legislaturperiode 20 000 Stellen abbauen will. Ich sage Ihnen hier - das können Sie im Mai übernächsten Jahres nachlesen -: Das wird nie geschehen. Denn bislang haben wir - und das wissen Sie von der SPD-Fraktion, Herr Trinius - in den letzten acht Jahren 13 847 Stellen kw gestellt, durch Organisationsuntersuchung, pauschale Veranlagung, mit allem Drum und Dran. Und jetzt hören Sie gut zu: Nach der Vorlage des Finanzministers haben wir im ersten Halb-

jahr davon ganze 110,25 realisieren können - von 13 847.

(Minister Heinz Schleißer: Das ist doch schlicht Quatsch, was Sie da sagen! Unsinn ist das!)

- Herr Schleißer, ich sage Ihnen auch gleich noch die Nummer Ihrer Vorlage. Da steht sie. Sie ist vom 29. Oktober 1998. Daraus stammen die Zahlen. Sie sind vom Gutachterdienst als offizielle Vorlage im Personalausschuß behandelt worden. Ich sage in aller Deutlichkeit: Wenn Sie so etwas behaupten, dann stellen Sie das hier gleich klar. So geht es aber bitte nicht!

(Lachen bei der SPD - Zurufe von der SPD)

- Das sind doch Ihre Vorlagen! Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es sind doch einige Kollegen aus dem Personalausschuß und dem Finanzausschuß dabei. Wir haben die Vorlage doch beraten. Das sind die Zahlen daraus. Wir können sie im Protokoll nachlesen. Ich wiederhole sie auch gerne. Mit Stand vom 30. Juni 1998, Herr Finanzminister, war die Summe aller ausgewiesenen kw-Vermerke 13 847. Wenn das nicht stimmt, dann mögen Sie das hier bitte gleich korrigieren. Davon sind ausweislich Ihrer Vorlage im ersten Quartal 1998 110,25 realisiert worden - und keine Stelle mehr.

(Zuruf des Ministers Heinz Schleißer)

Jetzt komme ich zum eigentlichen Punkt: Wir sind uns im Fachausschuß darüber einig, daß der Abbau schneller erfolgen müßte. Deswegen haben wir als CDU den Vorschlag gemacht - ich will Sie mit Einzelheiten nicht belästigen -, in einem System von Anreizen, aber auch von möglichen Regelungen, die im Landesgesetz stehen, die Realisierung der kw-Vermerke erheblich zu beschleunigen. Diesen Antrag haben wir in der vorletzten Sitzung eingebracht. Herr Finanzminister, das haben Sie zwar nicht selbst unterschrieben, aber Ihr Staatssekretär schreibt dazu am 8. Dezember 1998 - Antrag der CDU zum Haushaltsplan 06 -:

"In diesem Sinne wird der Antrag der Fraktion der CDU, die Realisierung der kw-Vermerke auf einen gesamten Einzelplan zu beziehen, begrüßt. Damit würde die Basis zur Realisierung der kw-Vermerke deutlich verbreitert."

(C)

(D)

(Peter Bensmann [CDU])

(A) Es gibt dann einen Zwischenabsatz, in dem darauf hingewiesen wird, daß das personalwirtschaftliche Konsequenzen hat. Darüber sind wir uns im klaren. Das Fazit lautet dann:

"Diese Erschwernis ist aber vor dem Ziel der Reduzierung der Personalkosten - Ministerpräsidentenerklärung - hinzunehmen, zumal die dienstrechtlichen Änderungen hierzu ein Instrumentarium zur Verfügung stellen (Abordnung, Versetzung)."

Meine Damen und Herren, als wir das, unterschrieben vom Finanzstaatssekretär Gerlach - Sie waren ja selber nicht da -, gelesen haben, haben wir gedacht: Das ist eine Sternstunde im Finanzausschuß. Wir stellen einen Antrag, und der Finanzminister begrüßt das, da stimmt die Mehrheitsfraktion zu. Sie können es nicht glauben: Sie haben es nicht gemacht. Wissen Sie, was die Begründung war - das wird ja noch interessanter -: Das ist ein Vorschlag des Finanzministers, aber nicht der Landesregierung; das Kabinett hat nicht darüber beraten.

(B) Ich stelle einfach die Frage: Welchen Stellenwert haben Sie eigentlich am Kabinetttisch, wenn die Vorlagen, die Sie dem entscheidenden Ausschuß, dem Finanzausschuß, geben und das begrüßen, weil es dazu führt, daß das Ziel des Ministerpräsidenten, die Stellen abzubauen, erreicht wird, nicht umgesetzt werden? Einen schlimmeren Widerspruch zwischen dem verbalen Formulieren von politischen Zielen und dem tatsächlichen Handeln kann es nicht geben.

Ich sage Ihnen nur eins: Es gibt noch einen, wie ich meine, politisch viel schlimmeren Fall.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement will den Saal verlassen.)

- Schade, daß Sie jetzt gehen, Herr Ministerpräsident. Vielleicht haben Sie noch eine Minute Zeit. Das wäre doch nicht schlecht.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement be-
gibt sich wieder zu seinem Platz. - Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

- Ich danke Ihnen.

In diesem Papier "Ausbildungskonsens NRW" - ich konnte Sie begleiten, im letzten Jahr haben Sie das in Unna vorgestellt - haben Sie geschrie-

ben: Jeder junge Mensch in Nordrhein-Westfalen, der ausgebildet werden will, wird ausgebildet.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement be-
gibt sich von seinem Platz rechts vom Red-
ner auf einen Abgeordnetenplatz links vom
Redner.)

- Ich kann auch nach rechts sehen, das fällt mir nicht schwer. Aber gut, dann schaue ich nach links.

Das haben alle unterschrieben, nicht nur Sie als Wirtschaftsminister, jetzt als Ministerpräsident, sondern unter anderem auch Herr Horstmann, Frau Behler, der DGB-Vorsitzende Mahlberg, der Vorsitzende des Handelstags, Hauser. Wie Sie selber festgestellt haben, haben alle die Verpflichtungen aus diesem Ausbildungskonsens erfüllt, sogar die Kommunen trotz ihrer schwierigen finanziellen Situation.

Nur Sie haben die Verpflichtung nicht erfüllt, Herr Finanzminister. Sie haben in dem Jahr, in dem der Wirtschaftsminister und jetzige Ministerpräsident mit diesem Papier durchs Land getingelt ist, das erste Mal einen krassen Widerspruch - als Finanzminister waren Sie ja auch Teil des Kabinetts - vollzogen, indem Sie 1998, was die Ausbildungsplätze anging, 369 Stellen gestrichen haben. Und im Jahr 1999 - ich behaupte, Sie sind ein Wiederholungstäter - haben Sie ...

(Widerspruch bei der SPD)

- ja, ja, natürlich! -

... sogar 516 Stellen gestrichen. Das sind 10 %, 900 in zwei Jahren. Alle anderen haben ihre Ausbildungsverpflichtung erfüllt, nur das Land Nordrhein-Westfalen nicht.

Mit Blick auf die Uhr - ich habe nur noch eine Minute - sage ich folgendes: Uns ist allen bekannt ---

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Bensmann, ich darf Sie einmal unterbrechen. Möchten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Clement zulassen?

Peter Bensmann (CDU): Natürlich.

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Bitte schön!

Wolfgang Clement (SPD): Herr Kollege Bensmann, mich interessiert, ob Sie die aktuellen Zahlen vom Ausbildungsstellenmarkt in Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund des Versprechens der Landesregierung kennen: "Jeder Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz will, wird auch einen Ausbildungsplatz bekommen"?

Peter Bensmann (CDU): Natürlich kenne ich dieses Versprechen. Ich kenne auch die aktuellen Zahlen und insbesondere die des größten Sorgenkindes des Landes, nämlich des Arbeitsamtsbezirkes Unna/Hamm. Dort gibt es nach wie vor - der Stand ist von etwa vor 14 Tagen - 137 Ausbildungssuchende. Da kann man natürlich angesichts der Riesenzahl sagen: Die Masse haben wir letztendlich bewältigt. Aber von den 137 könnten zwei als Justizfachangestellte beim Amtsgericht in Unna einen Arbeitsplatz bekommen. Ich habe mit dem Leiter des Arbeitsamtes in Hamm und der IHK eine Co-Ausbildung erreicht, die als additive Ausbildung den Übergang in den zivilen Bereich sicherstellt.

(B) Sie müssten nur die Anweisung an den Finanzminister geben, diese 516 Stellen nicht kw zu stellen. Dann sorgte ich dafür, daß von den 137 zwei einen Ausbildungsplatz bekommen - so, wie Sie es hier beschrieben haben.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Bensmann, möchten Sie eine weitere Zusatzfrage zulassen?

Peter Bensmann (CDU): Ja.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön!

Wolfgang Clement (SPD): Herr Kollege Bensmann, können Sie mir erklären, wie Sie Ihren Wunsch, die kw-Stellen zu streichen, mit der ständigen Forderung der CDU-Opposition nach Reformen in der öffentlichen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen vereinbaren?

(Beifall bei der SPD)

Peter Bensmann (CDU): Ja, das kann ich Ihnen sagen: Daß die Verwaltungsstrukturreform endlich angepackt wird, habe ich mit sehr großer Zustimmung zur Kenntnis genommen. Davon redet diese Landesregierung doch auch seit zehn Jahren, aber sie tut nichts.

(Beifall bei der CDU)

Das haben Sie doch nicht gemacht!

(Wolfgang Clement [SPD]: Wie wollen Sie das verwirklichen, wenn Sie jeden Stellenabbau stoppen?)

- Herr Ministerpräsident, mir ist bekannt, daß dies angesichts des öffentlichen Dienstrechts sehr schwierig ist. Ich habe Ihnen aber gerade deutlich gemacht: Lassen Sie uns einen Step machen, daß wir die schon untersuchten kw-Stellen abbauen. Selbst da verweigert sich Ihre Fraktion und der Kollege Clement - wie Sie gerade gesagt haben - in Person. Sie haben es gesagt, und der Finanzminister begrüßt es. Sie sagen doch nein dazu!

Wissen Sie: Sie machen nicht nur eins, ...

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wir machen viele gute Dinge!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege, Ihre Redezeit!

Peter Bensmann (CDU): - Ich weiß, meine Redezeit ist zu Ende.

... Sie kürzen nicht nur die Stellen, sondern von diesen ganzen Stellen sind im Ausbildungsbereich auch nur 76 % und im Monopolausbildungsbereich auch nur noch etwa 61 % besetzt.

Damit Sie nicht entgegenhalten, Sie müssten jeden, der im öffentlichen Dienst eine Ausbildung absolviert, auch übernehmen, sage ich Ihnen folgendes: Mit der Deutschen Steuergewerkschaft gibt es eine Vereinbarung ---

(Wolfgang Clement [SPD]: Seit zwei Tagen!)

- Ja, seit zwei Tagen, und Sie haben es sogar begrüßt, indem Sie gesagt haben: In solchen Notzeiten, in denen es darum geht, jedem jungen Menschen erst einmal einen Ausbildungsplatz zu geben, machen wir das, und wir verlangen keine Übernahmegarantie.

(C)

(D)

(Peter Bensmann [CDU])

(A) Herr Finanzminister, es besteht überhaupt kein Dissens zwischen uns, sondern es geht darum, daß wir den jungen Menschen erst einmal den Einstieg ins Berufsleben ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund wollte ich deutlich machen, daß das, was Sie immer sagen, in der Öffentlichkeit sicherlich gut ankommt. Wenn es aber um das konkrete Umsetzen hier im Parlament und in den Fachausschüssen geht, gibt es einen krassen Widerspruch. Wissen Sie, mit der Finanzierung und Realisierung von Personalstellen - das Geschäft betreibe ich bereits seit 13 Jahren - kenne ich mich auch aus, ohne Zweifel!

Aber wenn Sie beispielsweise die innere Sicherheit und für unsere Kinder das Wichtigste, nämlich für die Zukunft eine gute Ausbildung und Bildung, garantieren möchten, dann hätten Sie unseren Anträgen folgen müssen, daß man weitere Lehrer und weiteres Personal in der Justizverwaltung einstellen kann, damit diese wichtigen politischen Ziele auch in der Tat realisiert werden können. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

(B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Frau Kollegin Meyer-Schiffer für die Fraktion der SPD das Wort.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Bensmann, so langsam verliere ich den Durchblick durch Ihre Gesamtstrategie in der Fraktion.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Dschungeltaktik!)

Sie sagen hier, der Abbau der kw-Vermerke laufe nicht schnell genug, sie müßten schneller abgebaut werden, die Landesregierung und die SPD täten nichts. In derselben Sitzung, vor wenigen Stunden, fordern aber Ihre Kollegen und Kolleginnen - wir haben ja die Änderungsanträge vorliegen - 2 000 zusätzliche Stellen für die Gymnasien und die Hauptschulen, also 70 Millionen DM ohne Deckungsvorschlag.

Sie werden sich morgen hier hinstellen und in den Anlagen 15 und 16 zusätzliche 199 Einstellungen im Vorbereitungsdienst der Polizei fordern - dies macht nach eigenen Rechnungen 9,3 Millionen DM aus -, und Sie werden morgen hier auch

sagen, 240 kw-Vermerke im Bereich der Justiz sollten nicht aufgehoben werden, was auch eine Summe von rund 7,5 Millionen DM ausmacht. Das ergibt insgesamt rund 2 500 Stellen und 90 Millionen DM ungedeckt.

Ich glaube, Sie müßten innerhalb Ihrer Fraktion abstimmen, wohin die Gesamtlinie hingehet. Sonst wird Politik nämlich unglaubwürdig!

(Beifall bei der SPD)

Ich will mich, was die Gesamtdiskussion um den Personalbereich angeht, außerordentlich kurz fassen, denn das Thema Personal ist immer wieder an vielen Stellen in den Fachbereichen angeklungen. Wir werden dafür sorgen, daß wir in diesem großen Haushalt langfristig - auch im nächsten Jahr - die generelle Handlungslinie im Personalbereich einhalten werden. Wir werden weiterhin aufgabenkritische Untersuchungen vornehmen.

Dazu - das haben wir uns übrigens gemeinsam im Unterausschuß vorgenommen, Herr Kollege - werden wir uns genauer anschauen, wie es im Bereich des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft aussieht. Wir werden als nächstes die Organisationsuntersuchung beim Ministerium für Bauen und Wohnen diskutieren. Wir werden uns dann um das Landesversicherungsamt sowie um das Landesamt für Besoldung und Versorgung kümmern. Insofern verstehe ich Ihre Aufregung nicht, warum Sie uns hier vorwerfen, wir würden nicht weiter effektiv daran arbeiten, kw-Vermerke konstruktiv und sozialverträglich umzusetzen und die Gesamtzahl von 12 600 einzuhalten.

Meine Damen und Herren, auch in der SPD-Fraktion gibt es kritische Diskussionen darüber, daß die Realisierung nicht schnell genug geht. Das ist kein Geheimnis; das sind Situationen, die wir immer wieder bereden und auch kritisieren. Aber Sie wissen auch, daß wir es in diesem Zusammenhang ausdrücklich begrüßt haben, jetzt zur Beschleunigung der Realisierung erstmals im Haushaltsgesetz 1999 die kw-Vermerke laufbahngruppenspezifisch auszubringen.

Bisher haben wir es besoldungsgruppenexakt gemacht. Wir erhoffen uns von dem Versuch eine Beschleunigung und werden in einem Jahr bilanzieren, was dabei herausgekommen ist. Sollte diese Maßnahme greifen, werden wir sie auch im Haushaltsgesetz 2000 fortsetzen.

(C)

(D)

(Gisela Meyer-Schiffer [SPD])

(A) Insofern lasse ich mir auch nicht so gern den Vorwurf gefallen, wir unternähmen nichts, um Fluktuation effizienter zu nutzen, und arbeiteten nicht daran, daß wir diese kw-Vermerke sozialverträglich - ich betone: sozialverträglich - umsetzen.

Ein letzter Punkt: die Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre. Wir wollen sie straffen; auch das ist ein wichtiger personalwirtschaftlicher Beitrag. Wir wollen sie konzentrieren. Und wir wollen an dieser Stelle ein Einsparvolumen von 16 Millionen DM erzielen. Wir werden künftig Aushilfskräfte sehr viel sparsamer einstellen. Wir werden - das ist im Unterausschuß auch diskutiert worden - die Ministerialzulage langfristig abbauen. Wir werden sehen, daß es in den nächsten Jahren eine Reihe weiterer Einsparmöglichkeiten gibt.

Meine Damen und Herren, dieser Punkt ist mir wichtig: Wir haben uns einvernehmlich darauf verständigt, daß wir künftig Einstellungsermächtigungen zulassen und diese in den kommenden Jahren anrechnen. Das heißt, wir können demnächst flexibel auf Ausbildungsstellensituationen reagieren, weil die Möglichkeit besteht, dies in den nächsten Jahren anzurechnen. Ich glaube, auch das ist eine wirkungsvolle Maßnahme, die sich positiv auswirken wird.

(B) Meine Damen und Herren, das sind die wesentlichen Akzente aus der Sicht der SPD-Fraktion zum Bereich Personal. Ich denke, wir werden im nächsten Jahr eine Reihe von Erfolgen erzielen. Wir würden uns freuen, wenn in diesem Hause einhellige Zustimmung erfolgt. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Frau Kollegin Herrmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Brigitte Herrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Kollegin von der SPD hat vieles gesagt; deswegen will auch ich versuchen, mich kurz zu fassen. - Der Vergleich der Relation von Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen zur Bevölkerungszahl der einzelnen Bundesländer fällt für Nordrhein-Westfalen sehr günstig aus. Für kein anderes Bundesland lassen sich niedrigere Relationszahlen feststellen. Wird aber berücksichtigt, daß Nordrhein-Westfalen das

einwohnerinnengrößte Bundesland ist, so führt auch eine vergleichsweise günstigere Relation zu einem großen Anteil an Personalkosten am Gesamthaushalt des Landes.

Meine Damen und Herren von der CDU, auch ich kann nicht verhehlen, daß Ihre Widersprüchlichkeiten eklatant sind. Auf der einen Seite wollen Sie 30 % des gesamten Personals einsparen,

(Peter Bensmann [CDU]: Wo denn?)

auf der anderen Seite stellen Sie Anträge auf Personalerhöhung. Das ist sehr widersprüchlich.

Auf das, was der Kollege Bensmann gerade gefordert hat, nämlich eine erhebliche Beschleunigung der Realisierung der kw-Vermerke, kann ich nur sagen: Der Ruf nach erheblichen Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst bedient meiner Auffassung nach nicht nur die Vorurteile in Teilen der Bevölkerung und Medien, er erscheint auch zwangsläufig, wenn man einen Blick auf die Situation der Landeskasse wirft.

Wer aber erheblichen Personalabbau fordert, übersieht, daß erstens ein wesentlicher Teil der Beschäftigten in Bereichen tätig ist, in denen von allen Parteien zusätzliche Neueinstellungen gefordert werden, wie zum Beispiel Polizei, Schule, Hochschule, Justizvollzug -, und der übersieht zweitens, daß die Absicherung der Beschäftigten das Tempo des Abbaus vorgibt. Darüber hinaus werden die eventuell entstehenden finanziellen Effekte durch Lohnsteigerungen wieder ausgeglichen. Um eine Tarifierhöhung von nur 3 % auszugleichen, müßten in einem Jahr ungefähr 10 000 Stellen abgebaut werden. Das zeigt, daß Stellenabbau keine finanziellen Spielräume bringt, wenigstens nicht in dem Sinne.

Wer erheblichen Personalabbau fordert, übersieht drittens auch, daß in den Laufbahngruppen Verschiebungen stattgefunden haben - aus gutem Grund; das möchte ich betonen. Die Anforderungen sind höher geworden. Also ist klar, daß wir mehr Stellen im gehobenen Dienst brauchen. Wenn man den Zeitraum 1995 bis 1998 zugrunde legt, haben wir ein Plus von 8 890 Planstellen im gehobenen Dienst und ein Minus von 9 059 Planstellen im mittleren Dienst. Das finde ich, wie gesagt, durchaus gerechtfertigt; denn wir alle wissen, daß bei der Polizei, bei den Staatlichen Umweltämtern usw. erhebliche Probleme waren bzw. sind.

(C)

(D)

(Brigitte Herrmann [GRÜNE])

(A) Das alles macht klar: Ziel muß es sein, die Personalkosten in den Griff zu bekommen und nicht den Stellenabbau zu forcieren. Hier sind kreative Ideen notwendig. Ich denke an das Umverteilen von Arbeit, an das Verkürzen der Arbeitszeit, an die Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Nun noch eines, weil der Kollege Bensmann ausführlich darauf eingegangen ist: Von den vorhandenen ca. 340 000 Planstellen sind nach Information dieser Landesregierung 15 671 mit kw-Vermerken versehen. Von diesen 15 671 kw-Stellen sind bisher 7 670 realisiert, davon allein im Jahr 1998 ca. 1 070. Dies läßt den Schluß zu, daß die festgelegte Stellenreduzierung mit einer zeitlichen Verzögerung einsetzt. Zu vermuten ist, daß Stellenreduzierung in größerem Umfang nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums realisiert werden kann, sondern erst am Ende eines langes Prozesses steht.

Ich möchte noch kurz auf die Anhörung der Berufsverbände und Gewerkschaften eingehen. Wir haben uns bei der Anhörung im Unterausschuß "Personal" zum Stellenplan 1999 zum Teil heftige Kritik anhören müssen. Ich möchte zu einigen Punkten kurz Stellung beziehen.

(B) Bei der Ausbildung der Landesverwaltung wird beklagt, daß erneut eine Kürzung der Ausbildungskapazität von ungefähr 516 Stellen geplant ist. Hier ist nachgebessert worden, sicherlich noch immer nicht ausreichend, wie man sich das wünschen würde. Die überplanmäßige Ausbildung, die dann in Erwerbslosigkeit enden muß, sehe allerdings auch ich kritisch. In den verwaltungsspezifischen Ausbildungsberufen muß eine neue Ausbildungsordnung Doppelqualifikationen anstreben, damit die ausgebildeten Menschen auf dem Arbeitsmarkt auch außerhalb des öffentlichen Dienstes eine Chance haben.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Beförderungssituation im mittleren Dienst. Hier muß es zu gerechten Lösungen bzw. Aufstiegschancen kommen, um die Beschäftigten nicht weiter zu demotivieren. Der Unterausschuß Personal hat sich für das kommende Jahr vorgenommen, die Situation des mittleren Dienstes genau zu untersuchen und zu diskutieren. Ich hoffe, daß sich daraus Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen ergeben werden.

Bleibt noch die Kostendämpfungspauschale für Beamte und Beamtinnen. Auch das hat heftige

und kritische Diskussionen ausgelöst. Fazit jedoch ist: Vergleicht man die Beihilfe mit den Bedingungen für diejenigen, die gesetzlich krankenversichert sind, besteht unter dem Strich immer noch eine Besserstellung der Beamten und Beamtinnen.

Einen letzten Kritikpunkt möchte ich aufgreifen: Leistungsprämien für Beamte und Beamtinnen. Unserer Auffassung nach müssen diese im nächsten Haushaltsjahr auch verausgabt werden. Es sind 55 Millionen DM eingestellt. Deshalb muß schnellstmöglich ein Weg gefunden werden, 1999 wirkliche Leistungsanreize, nicht nur finanzielle, zu schaffen und optimale, transparente Kriterien für die Vergabe von Leistungsprämien zu erarbeiten. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Reinhold Trinius [SPD])

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile nunmehr Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

Heinz Schleußer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich entschuldige mich, aber wenn solche Vorwürfe gemacht werden, muß ich auch um halb neun Ihre Aufmerksamkeit noch für zwei Minuten in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Bensmann - ich hätte das auch gerne Frau Hieronymi gesagt -, wenn einem die Argumente ausgehen, dann muß man Zahlen fälschen. So einfach ist das, und das ist Ihre Methode.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, Sie hätten eine Vorlage des Finanzministers bekommen: 13 623 Stellen kw-gestellt. Das ist richtig.

Dann sagen Sie: Von diesen 13 000 Stellen sind 100 abgebaut worden. Und langsam kommt dann von Ihnen hinterher: Im ersten Halbjahr 1998 sind es 100 gewesen.

Aber das hat er so nicht realisiert. Da frage ich mich: Wieso macht man eigentlich so komplizierte, alles darstellende Vorlagen, wenn Sie zu einem solchen Ergebnis kommen, Herr Bensmann?

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Minister, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Bensmann zulassen?

Heinz Schleißer, Finanzminister: Ja.

(Peter Bensmann [CDU] blättert in seinen Unterlagen.)

- Das dauert wohl doch zu lange.

Peter Bensmann (CDU): Herr Finanzminister, ich möchte Sie herzlich bitten: Wenn Sie mir hier jetzt unterstellen, daß ich Zahlen gefälscht hätte, und zwar sowohl, was den Inhalt angeht, als auch, was die Zahlen, die ich hier eben vorgetragen habe, betrifft - wir können das alles im Protokoll nachlesen -: Den Vorwurf lasse ich nicht hier im Raum stehen! Ich bitte Sie, das zu korrigieren.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Ich habe Ihnen vorgeworfen, daß Sie das erste Quartal 1998 mit der Gesamtzahl der realisierten kw-Vermerke verwechselt haben. Wenn Sie das sagen, ist das ja völlig in Ordnung.

(B) Der entscheidende Punkt, Herr Kollege Bensmann, ist doch folgender: Sie tragen hier vor, es gebe einen Antrag der CDU, den der Finanzminister votiert und von dem er sagt, das sei eine gute Entwicklung.

(Peter Bensmann [CDU] unterhält sich mit seinen Nachbarn.)

- Hören Sie einen Moment zu, Herr Bensmann?

(Peter Bensmann [CDU] unterhält sich weiter.)

- Herr Bensmann! - Das ist klar, daß er nicht richtig reagieren kann. Er hört generell nicht zu, weder im Ausschuß noch hier.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage nur - und das wollte ich ihm eigentlich gegönnt haben -, daß sicherlich der Antrag der CDU weitergehend ist als das, was die Landesregierung für den Abbau der kw-Stellen vorge schlagen hat. Aber die Landesregierung hat beschlossen, und der Finanzminister ist in die Gemeinschaft der Kabinettsmitglieder eingebunden. Sollte unser Vorschlag sich am Ende des Jahres

1999 als nicht zweckmäßig erweisen, bin ich gerne bereit, dem Kabinett Ihren Vorschlag zu unterbreiten. Wir sind da offener und nicht so ideologisch gefestigt, wie Sie es sind.

(Zurufe von der CDU)

Ausbildungskapazitäten ausfüllen, das werden wir tun. Wir haben allerdings Wert darauf gelegt, ...

(Peter Bensmann [CDU] unterhält sich mit seinen Nachbarn.)

- Herr Kollege Bensmann, schon wieder auf einem anderen Stern?

(Heiterkeit bei der SPD)

... daß die Ausbildungsplätze, die wir zur Verfügung stellen wollen, sich daran orientieren, was wir an Beschäftigung haben. Ich gehe mit jeder Gewerkschaft, auch mit der Deutschen Steuer gewerkschaft, überein, wenn wir uns darauf verständigen können: "Ausbildung ja, kapazitätsorientiert, ein halbes Jahr Beschäftigung. Nur: Auf Dauer ist keine Beschäftigung in diesen Stellen möglich." Das machen wir. Das haben wir in der Vergangenheit getan. Das werden wir weiter so handhaben. Dazu brauchen wir keine Aufforderung durch die CDU.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich **schließe** hiermit die **Beratung**.

Mit diesem Teil der Haushaltsdebatte, nämlich der Beratung der Stellenpläne, ist keine **Abstimmung** verbunden. Sie wird ja jeweils bei den **Einzelplänen** mit vollzogen.

Ich komme nun zum

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3513.

Auch hierzu ist eine Beratung nicht vorgesehen.

Wir können direkt **abstimmen** über den Einzelplan 13. Wer dem **Einzelplan 13** gemäß der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3513** seine Zustimmung

(C)

(D)